ZWEI METER ABSTAND

Perspektiven zur Pandemie

Zwei Meter Abstand
Perspektiven zur Pandemie

Impressum:

V.i.S.d.P.: Eva Müller Bergstraße 2, 14727 Premnitz
feava_pdm@riseup.net

finanziert/unterstützt durch:

AStA der Uni Potsdam
Die Andere
Spartacus

KRISENZEITEN SIND VERSCHWÖRUNGSZEITEN

Ein Vorwort von feava

Das Coronavirus hat sich innerhalb kurzer Zeit auf nahezu der ganzen Welt ausgebreitet. Die Folgen der Pandemie sind für uns alle in unterschiedlichem Maße spürbar und können Angst machen. Die resultierenden Maßnahmen schränken ein und erfordern eine Umstellung der eigenen Routine.

Auch das Wort „Solidarität“ erlebte zu Beginn der Krise in den Medien einen neuen Aufschwung. Solidarität sei in diesen Zeiten überall zu beobachten und werde jetzt von allen erwartet. Das ist leichter gesagt, als es umzusetzen ist. Der Ruf nach Solidarität fordert, dass etwas wird, wie es nie war. Die Krise bestimmte unseren Alltag auch vor Corona. Wir schauen schon lange bereitwillig zu, wie Menschen unter erdrückenden, prekären Verhältnissen leben. Die wenigsten dieser Menschen erfahren echte Solidarität. Das ist auch kaum möglich in einer Gesellschaft, in der „Kosteneffizienz“ als höchstes Gut angesehen wird.
Im Angesicht der Bedrohung ist das Individuum auf sich selbst zurückgeworfen. Es fühlt sich hilflos und handlungsunfähig, so ist es nicht mehr fähig die eigene Lage zu begreifen. Nicht wenige Menschen entscheiden sich an dieser Stelle dafür, eine Verschwörung als Erklärung anzunehmen. So lässt sich ganz gut vermeiden, die kompliziertere Erklärung für das zu verstehen, was wir gerade durchleben.
In vielen Städten versammeln sich Bürger*innen um gemeinsam für ihre Grundrechte und das Ende der Infektionsschutzmaßnahmen zu demonstrieren. Dabei werden Gerüchte und Halbwahrheiten verbreitet und nicht selten kommt es zu einem beängstigend schnellen Schulterschluss mit Rechten und Rechtsextremist*innen. Es schießen Gruppen aus dem Boden und Einzelpersonen, die bisher selten für soziale Belange in die Bresche gesprungen sind und nun vermeintlich für Gerechtigkeit kämpfen, geraten ins Zentrum des öffentlichen Diskurses. Allerdings ist die Krise nichts Neues, unser Weltwirtschaftssystem befindet sich seit Jahrzehnten in der Krise. Vielleicht wird das jetzt mit der eigenen Betroffenheit deutlicher, allerdings bestehen Ungerechtigkeiten und Ausbeutungsverhältnisse schon deutlich länger.
Es ist wichtig all dem etwas entgegenzusetzen und sich kritisch mit den aktuellen Umständen zu

beschäftigen. Das geht allerdings auch ohne menschenverachtende Ideologien und den Schulterschluss mit Rechtsextremen und Rechten. Und die Erklärungen der Verschwörungsideolog*innen mögen verlockend sein, dennoch sind sie falsch.
In einer komplexen und vernetzten Welt wie der heutigen können Erklärungen nicht eindimensional sein und es mag anstrengend sein, sich damit zu befassen. Doch diese Eindimensionalität birgt Fehler, denn ohne eine faktenbasierte Auseinandersetzung verlassen wir den Boden der Realität und verzichten auf die Möglichkeit uns mit ihrer tatsächlichen Verbesserung zu beschäftigen.
In unserer Broschüre stellen wir Ihnen Texte von verschiedene Gruppen vor, die sich seit Längerem mit sozialen Themen befassen und unterschiedliche gesellschaftliche Auswirkungen der Pandemie beleuchten. Wir hoffen, Ihnen Perspektiven anbieten zu können, die kritisch, allerdings nicht fernab der Realität sind.
Dem einleitenden Text von der Initiativgruppe des Bürgerbegehrens für faire Bezahlung und für bessere Arbeitsbedingungen des Bergmann Klinikums („gesunde Zukunft") zur aktuellen Situation des Krankenhauses und der Pfleger*innen vor Ort (**Seite 5**) folgt der Bericht des Autonomen Frauenzentrums zur Arbeit der Beratungsstellen und Frauenhäuser (**Seite 7**) und der Text der Gruppe Fame zur besonderen Belastung für Frauen in der Krise (**Seite 9**).

Auf **Seite 11** berichtet der Flüchtlingsrat über die Situation in den Sammelunterkünften für geflüchtete Menschen in Brandenburg. Danach schreibt die Emanizipatorische Antifa Potsdam (eap) auf **Seite 14** über das unrechtmäßige Verhalten der Polizei und der Arbeitskreis kritischer Jurist*innen (AKJ) beleuchtet auf **Seite 16** die staatlichen Beschlüsse zur Eindämmung des Coronavirus.
Die Freie Arbeiter*innen Union (FAU) stellt auf **Seite 17** die prekäre Lage der Arbeiter*innen und Erwerbslosen dar. Und abschließend kritisiert das Cafe hausZwei auf **Seite 19** die gesellschaftliche Normalität und erzählt von Schmerz, Liebe und dem Festhalten an der Utopie.

feava_potsdam@riseup.net

DAS KLINIKUM ERNST VON BERGMANN IN DER KRISE:

Corona ist der Anlass, die Ursachen liegen tiefer

Das Klinikum steckt in der Krise. Covid-19 hat sichtbar gemacht, wie schnell ein System, das im Alltag Überlast fahren muss, um elementare Patientenversorgung zu gewährleisten, aus der Balance kippen kann.

"In unserem seit Jahren ohnehin angespannten Arbeitsalltag schlug der Virus ein wie eine Bombe!... Nicht jeder Mitarbeiter arbeitet freiwillig in dem Coronabereich, denn nicht immer waren die elementaren Voraussetzungen gegeben: ausreichende Schutzkleidung und engmaschige Tests."
(Karin, Krankenpflegerin)*

Das Organisationsversagen im Klinikum ist nicht beschränkt auf mangelhafte Quarantäne, fehlende Linelists und lückenhafte Kommunikation mit dem Gesundheitsamt. Das Versagen fängt als Systemversagen früher an. Der Gesundheitssektor wurde seit den 1990er Jahren durch zahlreiche Gesetzespakete darauf getrimmt, medizinische Behandlungen nach betriebswirtschaftlicher Kalkulation und nicht nach ärztlicher Indikation durchzuführen. In Potsdam sicherte ein betriebswirtschaftlich rechnender Geschäftsführer zwar den kommunalen Weiterbetrieb des Klinikums, doch zog er dann mit einem Ökonomisierungsprogramm durch: er sparte Kosten, indem er Klinikbereiche in mehrere Tochtergesellschaften mit niedrigerem Lohnniveau ausgliederte. Zudem häufte er Rücklagen von beträchtlicher Millionenhöhe an, um in der Region zu expandieren.
Auch der Kauf von Repräsentationsobjekten, wie der Villa Bergmann und Segelyachten für das Unternehmen, fallen in seine Amtszeit. All das erfolgte immer mit Rückendeckung des alleinigen Gesellschafters, der Landeshauptstadt Potsdam, seinem Oberbürgermeister und der Mehrheit der Stadtverordneten. Eine Bilanz des wirtschaftlichen Erfolgs. Aber um welchen Preis?

Allgemein bekannt ist die Atmosphäre der Angst und Einschüchterung, die sich in den vergangenen Jahren im Klinikum breitgemacht hatte. Die Arbeitszufriedenheit war stark beeinträchtigt. Von Wertschätzung fehlte jede Spur.

"Die Kollegen des Betriebsrates haben erzählt, wie sehr sie unter Druck gesetzt wurden. Es hieß: Wenn der TVÖD kommt, wird die Abteilung verkauft."
(Marlene, Diagnostik)

Die Durchökonomisierung des Klinikums führte zu Personalmangel, Unterbesetzung und Arbeitsdruck in allen Bereichen und mit dramatischen Folgen:

"Wir haben immer angemahnt, wie prekär die Hygiene im Klinikum ist und das schon sehr lange. Ganz schwierig für die Arbeitsabläufe ist die Fluktuation des Personals ..."

(Erika, Krankenpflegerin)

Die Corona-Krise ist Anlass, über das Verhältnis von Gesellschaft und einer zerstörerisch wirkenden Ökonomie nachzudenken. Die Corona-Krise im Klinikum Ernst von Bergmann ist Anlass, einen kleinen Bereich der Daseinsvorsorge in Potsdam der ökonomischen Logik der Gewinnmaximierung zu entziehen. Nach zwei erfolgreich abgeschlossenen Bürgerbegehren für faire Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen im Klinikkonzern hat sich die Stadtverordnetenversammlung entschlossen, diesen lange ignorierten Weg zu gehen.

* Die Zitate sind Äußerungen von Kolleg*innen des Klinikums Ernst von Bergmann. Die Namen wurden aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes geändert.

Potsdam, April 2020

Initiativgruppe des Bürgerbegehren für faire Bezahlung und für bessere Arbeitsbedingungen in der Klinikgruppe Ernst von Bergmann „Gesunde Zukunft"

Wenn Sie uns unterstützen möchten, kontaktieren Sie uns gern über unser Kontaktformular: https://gesunde-zukunft-potsdam.de/kontakt/ oder per Mail unter: kontakt@gesunde-zukunft-potsdam.de

SCHUTZ VOR HÄUSLICHER GEWALT GEGEN FRAUEN IN ZEITEN DER CORONA KRISE

Ein Beitrag des Frauenzentrum e.V.

Als zu Beginn der Corona-Krise die ersten Veranstaltungen abgesagt wurden, waren wir froh, dass die Demonstration zum Frauen-Kampf-Tag und unsere Feierlichkeiten zum Internationalen Frauentag noch nach Plan stattfinden konnten.

Mit dem Inkrafttreten der Kontaktbeschränkungen war unser erstes Anliegen, als „systemrelevant" eingestuft zu werden, damit unsere Gewaltschutzprojekte vor Ort fortgeführt werden konnten, also die Frauenberatungsstelle, das Frauenhaus und die Frauennotwohnung, zusammen mit der Geschäftsleitung des Autonomen Frauenzentrums. Weitere Projekte wie der Mädchentreff und die Räume des Frauenzentrums haben seither ihre Türen geschlossen. Es finden also keine öffentlichen Veranstaltungen mehr statt und die Gruppen, die sich in unseren Räumen treffen, ruhen. Wir versuchen die Kommunikation zu den Nutzer*innen bzw. den selbstorganisierten Fraueninitiativen im Frauenzentrum durch andere Kommunikationskanäle aufrecht zu erhalten. Aber für Gruppen wie zum Beispiel die Schwangerschaftsvorsorge im Frauenzentrum, die seit März nicht stattfinden kann, ist die Lage prekär.

Die Überarbeitung von Hygienekonzepten, die Ausarbeitung und Umsetzung von Notfallplänen, sowie die kontinuierliche Versorgung der Bewohnerinnen unserer Notunterkünfte hat viel unserer Kraft in Anspruch genommen. Zugleich sind die Anfragen an die - nunmehr überwiegend am Telefon agierenden Krisenberaterinnen für Frauen in Not - merklich zurückgegangen. Es scheint, dass der Corona-Lockdown es Frauen, die von Gewalt betroffen sind, noch schwerer gemacht hat, sich aus toxischen und gefährlichen Beziehungen zu lösen. In anderen Ländern gibt es Zahlen, die von einem Anstieg häuslicher Gewalt an Frauen sprechen. Hierzulande können wir derzeit nur spekulieren, welche Auswirkungen der Lockdown auf Frauen in prekären Situationen hat.

Und das Tagesgeschehen im Frauenhaus selbst? - Eine Sozialarbeiterin beschreibt es folgendermaßen: „Vor Corona lag unsere Hauptaufgabe

im Frauenhaus darin, den Frauen in ihren individuellen Anliegen und Problemen zu helfen. Seit Corona sind wir überwiegend damit beschäftigt, die zwischenmenschlichen Konflikte der Frauen, innerhalb ihrer Notgemeinschaft zu schlichten. Irgendwie sind die Bewohnerinnen in der Auseinandersetzung mit den verschärften Hygieneregeln, gepaart mit Corona-Ängsten, sehr damit beschäftigt zu gucken, was die Mitbewohnerinnen so alles falsch machen, was immer neue Krisen heraufbeschwört." Dieses interessante Phänomen lässt sich sicherlich auch in den zwischenmenschlichen Beziehungen im größeren gesellschaftlichen Kontext beobachten.

Mit unserer Arbeit haben wir uns in Potsdam in nunmehr 30 Jahren professionalisiert und unentbehrlich gemacht, um eine qualitativ gute Versorgung von Frauen in Not zu gewährleisten.
Dennoch ist die Finanzierung unserer Angebote eine „freiwillige" Leistung der Kommune. Freiwillig deshalb, weil die Förderung für den Schutz von Frauen gegen Gewalt bis heute nicht gesetzlich verpflichtend ist. Das heißt, wir müssen jedes Jahr neue Förderanträge stellen und sind somit immer vom Wohlwollen der Kommune abhängig. Jetzt gerade werden wir als „systemrelevant" anerkannt und erhalten öffentliche Aufmerksamkeit. Doch was ist, wenn nach der Coronakrise die Aufmerksamkeit weg und die Kassen der Stadt leer sind? Dieses Fehlen einer verlässlichen Perspektive macht es uns schwer, den Schutz von Frauen gegen Gewalt zu sichern.

AUTONOMES FRAUENZENTRUM POTSDAM E.V.

Schiffbauergasse 4H
14467 Potsdam
Tel: 0331 90 13 13
Fax: 0331 95 130 095
post@frauenzentrum-potsdam.de

Frauenberatungsstelle:
Tel: 0331 97 46 95

CARE-REVOLUTION – VON CORONA ZUR UTOPIE

Ein Text der feministischen Antifa-Gruppe fame

„Schlecht bezahlt, weiblich, systemrelevant: Wer bringt uns durch die Corona-Krise?" „Corona ist weiblich: Eine Krise der Frauen." Mit dem Fortschreiten der Corona-Krise entdeckten Medien einen für viele offensichtlich verblüffenden Zusammenhang: Frauen arbeiten nicht nur überproportional in Berufen, die sich in der Krise als systemrelevant herausstellen, sondern werden dafür auch noch unterdurchschnittlich bezahlt. Und obwohl Männer zwar häufiger gesundheitlich von Corona bedroht sind, trifft die Krise Frauen gleichzeitig stärker.
Diese Verhältnisse sind für viele Menschen, vor allem Frauen, jedoch keine überraschende Erkenntnis, sondern seit Jahrzehnten Teil ihrer Lebensrealität:

- Frauen sind von einer Mehrfachbelastung betroffen, da sie sich neben ihrem Job auch zu größeren Teilen um Kinder und Haushalt kümmern. Die häusliche Sorgearbeit ist jetzt innerhalb der Familie deutlich spürbarer, bleibt aber trotzdem zumeist unsichtbar. Lücken und Pausen in der Lohnarbeit haben Auswirkungen auf das spätere Berufsleben und die Höhe der Rente.

- Frauen arbeiten häufiger in prekären Jobs und sind insbesondere in Krisenfällen von Kündigungen und dem Wegfall informeller gering entlohnter Tätigkeiten betroffen. In ihren Jobs sind sie einem erhöhten Gesundheitsrisiko durch mangelnde Schutzausrüstung, häufigen Menschenkontakt und aggressiven Reinigungsmitteln ausgesetzt. Das gilt besonders für migrantische Frauen.

- Der Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen ist durch die Vielzahl an verpflichtenden Terminen und Fristen auch in sonstigen Zeiten bereits erschwert, in der Corona-Krise verschärft sich die Situation durch die Kontaktbeschränkungen und die eingeschränkte Gesundheitsversorgung.

- Häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder nimmt zu, Notfallstellen und Frauenhäuser sind jedoch bereits überlastet.

- Trotz des Beifalls von Balkonen und Corona-Prämien sind Pflege- und Care-Arbeiter*innen in Krankenhäusern und in der Pflege nach wie vor schlecht bezahlt und arbeiten unter prekären Bedingungen.

- Obwohl 75% der systemrelevanten Berufe von Frauen ausgeübt werden und Frauen die Hauptbetroffenen von Corona sind, sind die Experten der Krise männlich. In der Expertenkommission der Leopoldina sitzen beispielsweise mehr

- Menschen mit dem Namen Thomas als Frauen. Die Besetzung spiegelt sich auch in den Debatten und Beschlüssen wider: Thema ist die anstehende Wirtschaftskrise, der Fokus liegt auf sogenannten "produktiven" Arbeiten, solchen also, die im kapitalistischen Sinne einen Mehrwert erzeugen. Über eine Reform der Gesundheitsversorgung oder Krankenversicherung wird ebenso wenig gesprochen wie über Fragen zur solidarischen Finanzierung der Krisenkosten und Modelle, wie das bedingungslose Grundeinkommen.

Dabei führt uns das Corona-Virus vor Augen, wie verletzlich das Leben ist und wie abhängig wir voneinander sind. Damit gibt es uns die Möglichkeit zu überdenken, wie wir in Zukunft (also mit, aber auch nach Corona) die Pflege- und Sorgearbeit in der Gesellschaft gestalten wollen. Feministische Ansätze aus den 1970er Jahren fordern beispielsweise eine Kollektivierung dieser Arbeit, damit soll soziale Isolation aufgebrochen werden, die Anerkennung der gegenseitigen
Abhängigkeit soll einer Individualisierung entgegenwirken. Wir müssen uns fragen:
Wie können wir eine solidarische Gesellschaft gestalten, dass wir mehr und auf vielen Schultern verteilt füreinander Sorge tragen? Wie können wir die unbezahlte und oft unsichtbare Pflege-
und Sorgearbeit stärker thematisieren, sichtbar machen und als Arbeit anerkennen? Was können alternative Modelle sein, wie wir ganz praktisch die (unbezahlte) Pflege- und Sorgearbeit gerechter verteilen und gemeinschaftlicher erledigen können? Was können wir lernen aus den aktuellen Aufrufen zur praktischen Solidarität und Nachbarschaftshilfe? Wie können wir aber auch darauf reagieren, dass die praktische Solidarität in Deutschland beim Klopapier und an den Staatsgrenzen aufhört? Wie können wir eine Gesellschaft organisieren, die sich stärker an den Bedürfnissen der einzelnen Menschen orientiert und nicht an den Profiten weniger? Wie soll unsere feministische und solidarische Utopie aussehen und wie können wir sie verwirklichen?
Unter dem Titel Care-Revolution haben sich immer wieder Menschen zusammengetan, um über diese Fragen nachzudenken und mögliche Lösungen zu entwickeln. Die Zeit ist reifer denn je, um diese Überlegungen Wirklichkeit werden zu lassen.

MEHR INFOS DAZU ZUM BEISPIEL UNTER:

- care-revolution.org
- Reihe "kitchen politics – queerfeministische Interventionen" des Verlags edition assemblage
- Dominique Just zu Care Revolution gegen die Corona-Krise: www.freitag.de/autoren/justd/die-corona-krise-ist-eine-care-krise

Hinweis:
Die Begriffe "Frau" und "Mann" beschreiben keine festgeschriebenen Tatsachen, sondern sind vor allem soziale Konstrukte. Wir gehen davon aus, dass es eine Vielzahl von Geschlechtern zwischen, aber auch außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit Mann-Frau gibt. Gleichzeitig sehen wir aber, dass unsere (kapitalistische) Gesellschaft auf der Einteilung in Mann und Frau basiert und nutzen diese Begriffe deshalb auch um diese Gesellschaft zu beschreiben und zu analysieren."

GEMEINSAME PRESSEMITTEILUNG ZUR SITUATION IN BRANDENBURGER UNTERKÜNFTEN WÄHREND DER CORONA-PANDEMIE

Ein Beitrag vom Flüchtlingsrat

1. April 2020

unterzeichnet von:
*Women in Exile, Refugees Emancipation, Potsdam Konvoi, Geflüchteten Netzwerk Cottbus, We'll Come United Berlin und Brandenburg, Bürger*innenasyl Barnim, Jugendliche ohne Grenzen Brandenburg, Seebrücke Potsdam, Migrantenbeirat Potsdam, Flüchtlingsberatungsstelle des ev. Kirchenkreises Oberes Havelland, Barnim für Alle und Flüchtlingsrat Brandenburg*

ABSTANDHALTEN IST UNMÖGLICH IN VIELEN FLÜCHTLINGSUNTERKÜNFTEN

Geflüchtete in Brandenburger Flüchtlingsunterkünften haben aktuell kaum eine Chance, Kontakte zu anderen Menschen zu vermeiden, Abstand zu halten und sich und ihre Familien vor einer Ansteckung mit dem neuartigen Coronavirus zu schützen. Maßnahmen der sozialen Distanzierung treffen sie gleichzeitig in beengten Wohnverhältnissen besonders hart.

Die Unterzeichner*innen der Pressemitteilung fordern die Landesregierung zu sofortigen Maßnahmen auf, um Geflüchtete, die aktuell noch in den kommunalen Gemeinschaftsunterkünften sowie den vom Land betriebenen Erstaufnahmestellen untergebracht sind, während der Corona-Pandemie zu schützen. Gerade in diesen Zeiten von Solidarität und breiter Unterstützung innerhalb von Nachbarschaften sollten auch die Rechte von Flüchtlingen gewahrt und nicht vergessen werden.

Sogar Menschen, die Risikogruppen angehören, harren in Brandenburg weiterhin in Mehrbettzimmern aus und müssen sich teilweise Bad und Kantine bzw. die Gemeinschaftsküche mit vielen Anderen teilen. Diese Situation ist absolut unverantwortlich: Es ist höchste Zeit, dass hier mutige Entscheidungen getroffen werden, um Risikogruppen sofort zu schützen und Massenunterkünfte perspektivisch leerzuziehen.

DIE TOURISMUS-BRANCHE HAT PLATZ

Zahllose leerstehende Hotels, Wohnungen und Ferienapartments könnten dafür genutzt werden. Nicht nur Geflüchtete, sondern alle, die gerade kein sicheres Zuhause haben, verdienen jetzt solidarische, pragmatische und schnelle Lösungen (Appell vom 20.3.2020). Das Brandenburger Sozialministerium gibt an, eine Abschottung ganzer Unterkünfte möglichst vermeiden zu wollen. Um das aber realistisch zu ermöglichen muss jetzt gehandelt und müssen alternative Unterbringungsmöglichkeiten kurzfristig gefunden werden.

EINE KANTINE FÜR 300 IN DER ERSTAUFNAHME

Besonders zugespitzt stellt sich die Lage in der Erstaufnahme und ihren Außenstellen in Doberlug-Kirchhain, Wünsdorf und in Eisenhüttenstadt dar. Firas (Name geändert), ein Bewohner der Erstaufnahme in Wünsdorf fordert: „Die Menschen hier im Lager sollten in Wohnungen verteilt werden. Wenn wir mit 45 Personen zwei Badezimmer teilen, ist die Ansteckungsgefahr für uns groß. Wir sitzen hier mit mehr als 300 Menschen zusammen in der Kantine und essen. Obwohl wir versuchen, Abstand zu halten: Man kann sich selbst oder andere hier sehr leicht anstecken."

Statt Menschen umgehend dezentral unterzubringen, setzt das Land Brandenburg auf einen weiteren Ausbau der Erstaufnahme und bestellt weitere Quarantäne-Container. Schleswig-Holstein zeigt, dass es auch anders geht. Dort gilt: ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen sollen ebenso wie ausreisepflichtige Personen, bei denen in den nächsten Monaten auch wegen der Corona Pandemie eine Ausreise wenig wahrscheinlich ist, auf die Kommunen verteilt werden.

„Alle Flüchtlinge und Asylsuchende müssen jetzt in sichere private Wohnungen oder leerstehende Hotelzimmer gebracht werden. Wir sollten nicht vergessen, dass Flüchtlinge auch Menschen sind", fordert Jafar, der vor kurzem aus der Erstaufnahme in eine Gemeinschaftsunterkunft im Landkreis Oberhavel verteilt wurde.

UNSERE FORDERUNGEN FÜR DEN SCHUTZ VON GEFLÜCHTETEN IN MASSENUNTERKÜNFTEN:

- Die Belegung in den Erstaufnahmen und den Sammelunterkünften in den Landkreisen muss entzerrt werden.
- Keine Quarantäne für komplette Sammelunterkünfte!
- Risikogruppen sind akut bedroht – sie müssen sofort raus aus Massenunterkünften. Auch Geflüchtete, die z.B. als Pfleger*innen oder in anderen systemrelevanten Berufen arbeiten, müssen sofort geeignet untergebracht werden.
- Klare Anweisungen an Betreiber der Sammelunterkünfte:
  - Bereitstellen von mehrsprachigen Informationen über COVID 19 und über Umgang der Sammelunterkunft mit verschiedenen Situationen. Eine mehrsprachige Hotline wäre sowohl für die Bewohner*innen der GUs als auch für die Mitarbeiter*innen eine wichtige Entlastung.
  - Ausarbeitung von transparenten Pandemie-Plänen: Welche Schritte werden bei Infektionen sowohl bei Bewohner*innen als auch bei Personal unternommen? Wie ist Quarantäne von Einzelpersonen und Unterkunftseinheiten möglich, ohne die gesamte Unterkunft unter Quarantäne zu stellen?
  - Ausgangsbeschränkungen und Kontaktgebote dürfen nicht durch Security kontrolliert werden – dies obliegt allein den staatlichen Ordnungsbehörden!
- Der kostenlose Internetzugang in allen Unterkünften muss sichergestellt werden, nicht nur auf den Fluren und in Gemeinschaftsräumen, sondern in jedem Zimmer, um Schulaufgaben lösen (auch für Auszubildende, Sprachschüler*innen) und Kontakt zu Verwandten halten zu können.
  - Die technischen Ressourcen, die für das Wahrnehmen des digitalen Schulunterrichts notwendig sind (Laptops, PC oder Tablets, Drucker für die Aufgaben etc.), müssen vor Ort in ausreichender Menge und kostenlos allen Schüler*innen zur Verfügung stehen. Darüber hinaus soll bei der Erstellung der Notpläne berücksichtigt werden, dass viele Kinder und Jugendliche in den GUs eine zusätzliche sozialpädagogische Unterstützung benötigen, um die Herausforderungen des digitalen Unterrichts bewältigen zu können, u.a. weil viele Eltern nicht über ausreichend Deutschkenntnisse verfügen.
- Zugang zur regulären gesetzlichen Krankenversicherung

FLÜCHTLINGSRAT BRANDENBURG
Rudolf-Breitscheid-Str. 164
14482 Potsdam
Tel.: 0331 – 716 499
Fax: 0331 – 887 15 460
info [at] fluechtlingsrat-brandenburg [dot] de

WE ARE WATCHING YOU!

Ein Beitrag der Emanzipatorischen Antifa über die Polizeikontrolle

„Aufgrund des Coronavirus wurden in jüngster Vergangenheit Verordnungen erlassen, welche viele Bereiche unseres täglichen Lebens betreffen und einschränken. [...] An manchen Stellen ist das total sinnvoll. [...] Gleichzeitig sorgt es aber dafür, dass die Polizei mit einer Law and Order Politik viele Machtbefugnisse bekommen hat und diese schamlos ausnutzt.
Als Beispiel sind hier die teilweise willkürlichen Kontrollen zu nennen [...] Außerdem ist zu erwarten, dass es einen Anstieg von Racial Profiling geben wird.“

Dies ist ein Auszug aus dem Aufruf der Polizeikontrollstelle, der kürzlich in Potsdam verteilt wurde. Die Polizeikontrollstelle ist seit einigen Jahren aktiv und versucht, größere Polizeieinsätze im Nachgang zu beurteilen und auszuwerten. Im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung der Coronakrise haben wir uns mit der Polizeikontrollstelle zusammen getan, um polizeiliche Willkür öffentlich zu thematisieren. Es haben sich viele Leute gemeldet, sodass es uns möglich ist, einen ersten Überblick über die Arbeit von Polizei und Ordnungsamt zu veröffentlichen.

Aus den ersten Meldungen lässt sich Folgendes schlussfolgern: In der Umsetzung der Coronaverordnungen kommt es zu einer Vielzahl von Kontrollen und Maßnahmen, welche sich jeglicher Rechtsgrundlage entbehren. Es wurden Personen kontrolliert, die sich alleine oder zu zweit durch die Stadt bewegten. Es konnte beobachtet werden, dass die Polizei und das Ordnungsamt in den Stadtteilen unterschiedlich präsent ist und auch unterschiedlich agiert. Während es in der Innenstadt oder Potsdam-West teils bei mündlichen Verwarnungen blieb, kam es in Drewitz oder am Schlaatz schnell zu Personalienfeststellungen und zur Aufnahme eines Verstoßes gegen die Infektionsschutzverordnung. Aus den Berichten sticht besonders der Ostersonntag hervor. An diesem Tag gab es in der Potsdamer Innenstadt eine politische Warteschlange vor einer Bäckerei, bei der die Menschen mit Schildern auf die katastrophale Situation von Geflüchteten an den europäischen Außengrenzen aufmerksam machten. Etwa 120 Polizist*innen waren in der Folge im Einsatz. Ohne entsprechende Schutzausrüstung hielten sie Personenansprachen und lösten die Warteschlange auf. Die Polizei drohte mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, dem Aufenthalt in Polizeigewahrsam und kontrollierte Personalien. Dabei wurde mindestens eine Person aufgrund ihrer nachweislichen Transsexualität diskriminiert. Doch das blieb nicht der einzige fragwürdige Polizeieinsatz am Ostersonntag.
Zwei Radfahrer*innen wurden auf der Brandenburger Straße gestoppt. Die Betroffenen baten die Polizist*innen, aufgrund der Infektionsgefahr, Abstand zu halten und wichen ein Stück zurück. Daraufhin wurden beide Personen jeweils gegen eine Hauswand bzw. einen Bauzaun gedrängt. Die Polizist*innen trugen zu keinem Zeitpunkt Atemschutzmasken. Die Radfahrer*innen hatten Schilder an ihren Fahrrädern befestigt, was die Polizei zum Anlass nahm, ihnen einen mündlichen Platzverweis auszustellen. Sie unterstellten ihnen, Teil einer Versammlung gewesen zu sein und verhängten ein Bußgeld. Die Betroffenen versuchten den Vorfall zu filmen, wurden aber dazu aufgefordert das Video zu löschen. Um sich zu vergewissern, ob das Bildmaterial tatsächlich gelöscht wurde, nahm ein Beamter dem Betroffenen das Handy aus der Hand und durchsuchte seine Fotogalerie. Hierbei kann man einmal mehr sehen, wie die Polizist*innen ihre Grenzen überschreiten. Sie hatten zu keinem Zeitpunkt die rechtliche Handhabe das Handy zu entwenden. Außerdem drohten sie den Betroffenen mit weiteren Maßnahmen und missachteten während ihrer Tätigkeit die Infektionsschutzverordnung, indem sie keine entsprechende Schutzausrüstung anlegten.
Unsere Beobachtungen und eingesandten Nachrichten decken sich mit Darstellungen aus einer Spiegel TV Reportage vom 06.04.2020 (“Harte Corona-Kontrollen: Kampf gegen das Virus”). Die Einsatzkräfte tragen keinen Mundschutz, die Interpretation der Infektionsschutzverordnung ermöglicht Polizist*innen einen großen Spielraum und ermöglicht repressive Maßnahmen. Als Fazit lässt sich zusammenfassen: Es ist wichtig, dass wir die Polizei und das Ordnungsamt kritisch begleiten. Die Eindämmung des Coronavirus ist wichtig, aber es darf nicht bedeuten, dass die Auslegung der Infektionsschutzverordnung dazu führt, dass Menschen diskriminiert oder willkürlich bestraft werden. Wir möchten euch daher aufrufen, eure Erlebnisse mit der Polizei oder dem Ordnungsamt der Polizeikontrollstelle zu melden, um diese in einer breiteren Öffentlichkeit zu thematisieren.

Weitere Infos findet ihr hier:

Homepage: http://polizeikontrollstelle.de/
Mail: kontakt@polizeikontrollstelle.de

PASST AUF EUCH UND DIE ANDEREN AUF UND LASST UNS POLIZEIWILLKÜR NICHT EINFACH HINNEHMEN!

MEINE MEINUNG IST KEIN INFEKTIONSRISIKO!

Eine Grundrechtsprüfung des Arbeitskreis kritischer Jurist*innen der Uni Potsdam

Seit einigen Wochen werden wir mit extremen staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung von Covid-19 konfrontiert, wie das Verbot einer Menschenkette der Initiative „Seebrücke“ in Potsdam zeigt. Solche absoluten Versammlungsverbote und andere umfassende Grundrechtseingriffe werden seit Kurzem von Bundes- und Landesverfassungsgerichten als verfassungswidrig beanstandet. Das wurde auch Zeit. Deutschland bezeichnet sich als Rechtsstaat, worunter z.B. zu verstehen ist, dass die ausführende Staatsgewalt sich an Gesetze und vor allem das Grundgesetz hält. Sie sollen die Staatsgewalt beschränken, der gegenüber es kein äquivalentes Gegengewicht gibt. Die erste Grenze staatlichen Handelns ist das Bestehen einer Gesetzesgrundlage, die durch das Parlament erlassen wird und damit eine Form demokratischer Legitimation darstellen soll. Dem Infektionsschutzgesetz, als eben dieser Grundlage, ist entgegenzubringen, dass es keine ausreichende Ermächtigung für ein Versammlungsverbot darstellt, da es lediglich ermöglicht, Ansammlungen zu verbieten. Versammlungen nach Art. 8 GG sind aber nicht nur Ansammlungen mehrerer Menschen an einem Ort. Hinzu kommt ein gemeinsamer Zweck, zumeist der Meinungskundgabe. Sie stellt in einer Demokratie ein unerlässliches Element politischer Teilhabe dar. Die nächste Grenze sind die Grundrechte, die die Bürger*innen in erster Linie gegen Eingriffe des Staates schützen sollen. Die entscheidende Frage in einem Rechtsstaat ist, ob per se nicht vermeidbare Eingriffe auch verhältnismäßig sind. Dafür muss jedes staatliche Handeln einem „legitimen Zweck“ dienen (wie der Aufrechterhaltung des Gesundheitssystems durch Eindämmung der Infektionszahlen) und dazu geeignet sein, diesen zu fördern. Das ist in der aktuellen Situation besonders schwer zu bewerten, da viele wichtige Informationen zu Corona fehlen. Jedenfalls klar ist aber, dass wir Abstand halten müssen. Hinzu kommt, dass der Staat immer das Mittel wählen muss, welches mit dem geringsten Eingriff in die Grundrechte den Zweck gleichermaßen effektiv fördert. Auflagen für Versammlungen, die zum Beispiel einen nötigen Abstand zwischen den Teilnehmenden bestimmen, sind ein solches milderes Mittel, und waren im Rahmen der Menschenkette auch offensichtlich umsetzbar. Gerade im Hinblick auf die Wesensgehaltsgarantie aus Art. 19 II GG, der zufolge der Kernbereich eines jeden Grundrechtes zu bewahren ist, hätte das auch berücksichtigt werden müssen.
Ähnlich starke Einschränkungen anderer Grundrechte, wie denen auf Freizügigkeit, Familie, Asyl oder Privatsphäre, zeigen die Dringlichkeit der Aufrechterhaltung demokratischer Standards und der Möglichkeit zivilgesellschaftlicher Opposition. Es geht nicht darum, Maßnahmen zur Eindämmung von Corona pauschal zu verurteilen, sondern kritisch und nach den genannten Aspekten zu beurteilen. Und zu guter Letzt darauf zu achten, dass all die Befugnisse und Verbote, die im Unwissen um diese Krankheit in den Rechtsraum geworfen wurden, auch wieder eingesammelt werden.

https://potsdamakj.wordpress.com
akjp@ist.pink

WÄHREND CORONA IST AUCH VOR UND NACH CORONA

Die Stadtsektion Potsdam der Freien Arbeiter*innen Union zur Corona-Situation

Um die Gewerkschaften ist es dieser Tage noch stiller geworden, als ohnehin schon, während auf der anderen Seite die sogenannte Coronakrise gerade den Staub unter dem Teppich der Lohnarbeit hervorkehrt. Für uns alle wird umso deutlicher, dass es besonders die „systemrelevanten“ Berufe sind, in denen bereits vor dem Virus untragbare Missstände vorherrschten. Das betrifft gerade den Sozial- und Gesundheitssektor, aber auch andere Bereiche, in denen prekäre Beschäftigungsverhältnisse gepaart mit miesen Arbeitsbedingungen gängige Praxis sind.
Wir als Gewerkschaft und Arbeiter*innen müssen nun in der Lage sein die aktuellen unhaltbaren Bedingungen mit den generellen kapitalistischen Missständen zu verknüpfen und zu artikulieren. Dafür brauchen wir als Arbeiter*innen eine starke gemeinsame Stimme.

Auch die Regierungen appellieren nun an den sozialen Zusammenhalt - zumindest bis die Krise endlich durchgestanden ist. Doch woran sie appellieren, ist kein sozialer Zusammenhalt – im Gegenteil. Denn wir sitzen diese Krise sozial isoliert Zuhause oder auf der Arbeit aus. Heute haben wir als Arbeiter*innen gar nicht die notwendigen Mittel dieser Krise, der anbahnenden Rezession und der damit verbundenen Verschärfung aller Ausbeutungsverhältnisse, etwas entgegenzusetzen.
Wir folgen lediglich einem autoritären Instinkt, einer ohnmächtigen Erwartungshaltung und schauen „nach oben“ und hoffen, dass das schlimmste durch staatliches Intervenieren abgewendet wird. Bei möglichem Misserfolg sind wir jedoch wieder auf uns allein gestellt. Denn vereinzelt sind wir gerade nicht „too big to fail!“.

Auf der einen Seite ist das Corona-Virus damit ein idealer Testlauf für alle herkömmlichen und zukünftigen politischen Systeme, in denen die gesellschaftliche Verantwortung in den Händen weniger und zunehmend autoritär handelnder politischer Entscheidungsträger*innen liegt.
Andererseits sollte uns das Ausbleiben des gesellschaftlichen Wutausbruchs zu denken geben. Insbesondere das Entfallen von Widerstand gegen die Außerkraftsetzung jeglicher Möglichkeiten öffentlicher, demokratischer Teilnahme, im Zuge des Meeres von schnell zusammengestrickten Notverordnungen, lässt darauf schließen, dass das allgemeine Bekenntnis zu sogenannten demokratischen Werten nichts weiter ist als eine hohle Phrase ohne tatsächlich lebendiger Praxis. Zusätzlich sehen wir, wie sich Regierende aller Länder nur zögerlich dazu entschließen, Unternehmen und Branchen in die Pflicht zu nehmen, um wirksame Arbeitsschutzmaßnahmen umzusetzen oder für angemessenen Lohnausgleich zu sorgen. Gemäß dem „Social Distancing“ werden die Einschränkungen zur Pandemiebekämpfung dem Individuum und seiner privaten Lebensführung auferlegt: Zwar sind wir alle betroffen, doch „wir alle“ haben nie von der Profitlogik profitiert,

die nun zu den ökonomisch-ökologischen Umständen geführt hat, unter denen es erst zu einer derartigen Krise kommen konnte.
Wenn uns Arbeiter*innen überhaupt ein Mittel übrig geblieben ist, dann ist dies die kritische Suche nach der Ursache für die unerträglichen Zustände, die das Virus für alle auf individuelle, aber auch auf gemeinschaftliche, globale Weise mit sich gebracht hat.

Trotz geringem Handlungsspielraum haben sich dennoch viele gefragt: „Wie können wir helfen?" Aber die meisten mussten zum Schluss kommen, dass ihre Möglichkeiten überwältigend klein sind. Deshalb können wir uns nicht länger von der Angststarre zwischen Lohnarbeit und Erwerbslosigkeit geißeln lassen, in der übermenschlicher Einsatz bei stets minimalem Lohneinsatz gefordert wird. Dieses marktwirtschaftliche Credo gilt gerade in den Bereichen, in denen eine gewerkschaftliche Organisierung ohnehin schwer ist, weil sich immer das gleiche Bild abzeichnet, in dem wir uns durch soziale Unsicherheit und Bequemlichkeit national sowie international von einander abgrenzen - uns isolieren lassen. Wir Arbeiter*innen und Erwerbslose sollten begreifen, dass wir alle im selben Boot sitzen, um uns nicht weiter von Machtspielereien durch das Elend manövrieren zu lassen. Wir müssen zusammenarbeiten um laut zu sein und unserer Stimme das notwendige Gewicht verleihen, damit aus Reden endlich Taten folgen!

faub-potsdam@fau.org

DIE RÜCKKEHR ZUR NORMALITÄT VERSTEHEN WIR ALS DROHUNG

Bereits kurz nach der sogenannten `Kontaktsperre´ und dem `Shutdown´, bereits kurz nachdem fast alle den fehlerhaften Begriff des `social distancing´ übernommen hatten, stand bereits eine Phrase im medialen Umfeld, die wir melancholisch sofort als Drohung begriffen. Sie ist ein Ausdruck unserer groben Prognose, dass sich nach Corona wenig bis nichts verändert haben wird. Gemeint ist jene Phrase der ` Rückkehr zur Normalität´. Der Normalität der kapitalistischen Produktionsweise also, der Lebensweise in Konkurrenz, dem Gefängnis der Lohnarbeit, der Normalität in Moria und den tausenden Toten im Mittelmeer, die Normalität der scheiternden lustlosen zwischenmenschlichen Beziehungen, die Normalität des blöden Konsums, dem kalten und einsamen Sterben in einem Altersheim am Lebensabend, kurz vielleicht: Der Zurichtung der Welt zu einem hässlichen Ort. Noch bevor man zur Besinnung kommen durfte, schallerte auch schon die Aufforderung durch die Luft sich `kreativ´ in diesen Zeiten zu zeigen, irgendetwas mitzumachen, irgendeinen Quatsch aus Wohnzimmern zu senden, irgendwie effizient zu sein. Wir zeigten uns eher ratlos und auf Wände streichen hatten wir auch keine Lust. Eine Teilnahme an derartigen Aktionen schien uns genauso ausgeschlossen, wie der Rückzug ins Private. Seitdem flattert auf unseren imaginären Bannern die Parole: „Keine Rückkehr zur Normalität" denn diese ist eine Drohung oder positiver ausgedrückt: Einen Aufbruch Richtung Vernunft, halten wir für
sinnvoller. Theorie und Praxis? Inhaltlich wollen wir das Angebot unterbreiten, in der kommenden Zeit die zu lange vernachlässigte Diskussion um die `Kritik der Bedürfnisse´ wieder aufzunehmen. Dabei geht es um einen Umriss von Bedürfnissen, die eher aus der Verneinung des Bestehenden erwachsen und die sich der Integration verweigern, sich der Ideologie des Sachzwangs entziehen und damit in gesellschaftlicher Opposition stehen. Anders ausgedrückt: Es geht um Freude, Glück, Liebe, Lust, Schönheit, Erkennen, die Verminderung von Leid, menschliche Beziehungen, Sternenflüge, morgens länger kuscheln, ein Leben mit sinnvollen Tätigkeiten und vernünftig eingerichtete Verhältnisse. Eine Diskussion ums Ganze... Und ganz praktisch bemüht sich das Café hausZwei weiterhin eher am „Richtigeren im Falschen" entlang zu schlittern. Es geht um die Organisation eines Ortes, der Aufklärung schafft, zuverlässig bleibt und seine Irrelevanz gegenüber dem Bestehenden, eher als Kompliment empfindet. Nebenbei entsteht manchmal eine Brise Schönheit, eine überraschende Begegnung oder ein Gedanke, der eine neue Welt öffnet. Lasst uns diesen Ort (wie auch andere) gemeinsam gestalten - gegen den Stumpfsinn, der uns umgibt, mitten im „Handgemenge mit der Wirklichkeit" (Peter Brückner)

Den vollständigen Artikel findet ihr unter:
https://freiland-potsdam.de/16261/#content

HAUSZWEI - LIBERTALIA E.V.
Friedrich-Engels Str. 22
14473 Potsdam
libertalia@freiland-potsdam.de

feava